



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/207

6. September 1950

Hinweise auf den Inhalt:

Zum Konflikt Adenauer - Heinemann	S.1
Oesterreichs "Unabhängige" vor ernsten Entscheidung	S.3
Hundhammers zweite Gegenreformation	S.4
Die Lage in Korea	S.6

Die erste offene Krise

P.R. Knapp ein Jahr nach der Bildung der Regierung Adenauer ist es also über den Innenminister Heinemann zu ihrer ersten offenen Krise gekommen. Das Maß der Unzufriedenheit verschiedener Regierungsmitglieder vor allem mit den Formen der Regierungsführung durch den Bundeskanzler hatte zwar schon manche kritische Situation geschaffen, die aber jedesmal unter der Hand wieder beigelegt werden konnte.

Jetzt hat Dr. Adenauer u.a. erklärt, die in der Presse genannten Gründe - Memorandum zur Sicherheitsfrage, Unterstellung einer Bundespolizei unter das Innenministerium oder direkt das Kanzleramt sowie Heinemanns Tätigkeit als Präses der evangelischen Generalsynode - seien keineswegs Ausgangspunkte der Meinungsverschiedenheiten im Kabinett. Das ist sicher richtig. Diese Ausgangspunkte liegen vielmehr im Grundsätzlichen und im Charakterlichen als in der Frage der Tagespolitik. Heinemann hat sich als erster Bundesminister offen gegen die seit fast einem Jahr durch Adenauer praktizierte Auslegung der Grundgesetzbestimmung gewehrt, dass der Kanzler die Richtlinien der Politik zu bestimmen habe. Das wird ihm Adenauer nicht vergessen.

Der Bundesinnenminister ist ein Mann von absoluter Integrität, von sehr selbständigem Urteil, führend in der Laienschaft der evangelischen Kirche Deutschlands - eine Funktion, die er durchaus nicht repräsentativ, sondern sehr substantiell auffasst - und er hat schon früher mehrmals, zum Beispiel als er im Kabinett gegen den Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat stimmte, bewiesen, dass es schwer ist, ihn zu über-

fahren. Die Bereitschaft, dies mit sich geschehen zu lassen, ist aber gerade, was Adenauer von seinen Ministerkollegen erwartet und was er offenbar unter der Festlegung versteht, dass der Kanzler die Politik der Bundesregierung zu bestimmen habe. Dr. Adenauer sollte sich aber sagen, dass die deutsche Sicherheit und die Frage des deutschen Beitrages für die europäische Sicherheit wirklich Probleme von so überragender Bedeutung sind, dass es nicht angeht, sie unter Berufung auf den ersten Satz des Artikels 65 des Grundgesetzes selbstherrlich lösen zu wollen. An der unkontrollierten Überreichung des Sicherheitsmemorandums an die Hohen Kommissare und an der Meinungsverschiedenheit in der Auffassung, wem eine künftige Bundespolizei zu unterstellen sei, hat sich also nicht etwa ein Gegensatz zwischen dem Kanzler und seinem Innenminister gebildet, er hat sich daran gar offen entzündet.

Viel ist schliesslich im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Krise von den Auffassungsunterschieden gesprochen worden, die in der Frage der gesamtdeutschen Konzeption zwischen beiden Männern bestehen soll. Gelegentlich wurdeⁿ sie im Grunde auf keiner Seite, Heinemann aber hat erklärt, sie spielenⁿ "nur am Rande" mit. Es ist verständlich, dass man bestrebt ist, diese besondere Differenz nach aussen hin etwas in den Hintergrund treten zu lassen - zu glauben, dass sie wirklich nur sekundäre Bedeutung habe, fällt schwer. Hinzu kommt schliesslich erschwerend die konsequente Abneigung Heinemanns gegen die Wiederverwendung politisch umstrittener oder schon nicht mehr umstrittener Personen in maßgebenden Stellungen der Bundesverwaltung, eine Abneigung, von der sich Dr. Adenauer in einem manchmal bedenkenlichen Maße frei weiss.

Unabhängig davon, wie die Krise ausgeht, hat sie deutlicher als jeder andere Vorgang seit Bestehen der Bundesregierung deren geringe politische und menschliche Geschlossenheit bewiesen. Der Gegensatz, der sich hier vor aller Öffentlichkeit aufgetan hat, würde auch nicht behoben sein, wenn es gelänge, die aktuellen Anlässe für seinen Ausbruch aus der Welt zu schaffen. Leider ist diese Krise aber durchaus nicht nur eine interne Angelegenheit der Regierung, sondern in ihren Auswirkungen ein dem allgemeinen deutschen Ansehen recht abträglicher politischer Tatbestand.

Österreichs "Unabhängige" vor ernsten Entscheidungen

F. Wien, im September

Interessiert verfolgt die österreichische Öffentlichkeit die Vorgänge innerhalb des "Verbandes der Unabhängigen", der drittstärksten, vor etwa einem Jahr gestarteten Partei Österreichs. Es geht jetzt nicht mehr darum, dass ein Teil der Partei vom Innenminister aufgelöst wurde, denn es hat sich gezeigt, dass ein weiteres Eingreifen der Polizei überflüssig war. Nach wie vor gibt es einflussreiche Kreise, die sich Mühe geben, die Vorfälle bei einer VdU-Sonnenwendfeier und die Sätze, die dem Generalsekretär Gordon Gollob, dem ehemaligen Jagdflieger, angekreidet wurden, zu bagatellisieren. In diesem Falle hat der VdU starke Schützenhilfe bei der Volkspartei gefunden. Sie, die einstige energische Gegnerin des jungen VdU, nimmt jetzt ein besorgtes Gesicht an: sie fürchtet für die Demokratie. Wenn der sozialistische Innenminister weiterhin so scharf zupackt, argumentiert sie, könnte er das Kind mit dem Bade ausschütten.

Der Innenminister ist ein energischer, aber auch ein nüchtern überlegender Mann. Es hat sich gezeigt, dass seine Aktion für den VdU längst nicht so gefährlich war wie die Zerwürfnisse in den eigenen Reihen der Unabhängigen. Die Parteileitung schloss zunächst den Generalsekretär Gollob, der bis vor kurzem das Paradedepferd des VdU gewesen war, sowie etliche steirische und Salzburger Funktionäre aus. Der Anhang dieser Leute setzt nun die Parteileitung unter Druck. In einer für den 1. Oktober einberufenen Generalversammlung sollen die Streitigkeiten bereinigt werden. ("Generalversammlung" deshalb, weil der VdU rechtlich keine Partei, sondern ein Verein ist).

In der österreichischen Innenpolitik spielt der VdU die Rolle des Hechtes im Karpfenteich, richtiger gesagt, es war ihm diese Rolle zuge-
dacht, als er vor Jahresfrist ins politische Leben trat und bei den Wahlen 16 Mandate erhielt. Seinen Erfolg verdankte er dem verkündeten Wahlprogramm mit den hauptsächlichsten Punkten: innere Befriedung (Entnazifizierung), Gleichberechtigung aller Bürger, Gleichstellung der Heimatvertriebenen. Die beiden Regierungsparteien, SPÖ und Volkspartei, wurden dadurch gezwungen, sich dieser bisher wenig beachteten Probleme anzunehmen. So sollte der VdU nach der Zielsetzung seiner Initiatoren das Sammelbecken aller demokratisch Gesinnten sein, die mit der "Zweiparteiendiktatur", wie sie die Koalition SPÖ - ÖVP nannten, nicht einverstanden waren. Personelle Unzulänglichkeiten und die bei rasch ge-

wachsenen Parteien stets zu beobachtende Unmöglichkeit, jedes Mitglied auf Herz und Nieren zu prüfen, führten zu der heutigen Krise des VdU, resultierend aus einer weitgehenden Unzufriedenheit innerhalb der Wählerschaft, wobei dieser Unzufriedenheit verschieden geartete Ursachen zugrunde liegen.

Von neutralen Beobachtern wird diese Entwicklung bedauert, weil ein Scheitern des VdU wegen inneren Unzulänglichkeiten immerhin 400.000 Wählerstimmen den Resonanzboden nähme und noch keineswegs feststeht, wohin diese politisch interessierten Massen, die "zu neuen Ufern" wollen, abtreiben. Da ist z.B. die "Nationale Liga" des ehemaligen SS-Offiziers Dr. Slawik, der im ganzen Staat, besonders unter den ehemaligen Nazis, eine lebhaftige Tätigkeit entfaltet. Slawik kommt geographisch und geistig aus dem Osten. Die Flugschriften seiner Organisation werden im kommunistischen Globus-Verlag in Wien hergestellt. Ihr Führer erfreut sich besonderen Wohlwollens der östlichen Besatzungsmacht und er hat sich die Aufgabe gestellt, die "Ehemaligen" für seinen rechts getarnten Linkskurs zu gewinnen. Und seine Schäflein geben eine ansehnliche Herde, immerhin über 300.000 Stück, die unter die Räder der rigorosen NS-Gesetzgebung geraten sind. Noch folgen nur sehr wenige seinen Schälmeien. Aber die Schar könnte vergrößert werden durch VdU-Leute.

Es liegt nun am VdU, die Gefahr für sich und für die zum Extrem neigenden Mitglieder rechtzeitig zu erkennen. Anzeichen sprechen dafür, dass die Spaltung des VdU in den nächsten Tagen ihr Ende findet. Versagen die "Unabhängigen" als ernstzunehmende politische Gruppe, so fördern sie die Interessenlosigkeit an politischen Dingen, besonders unter der Jugend.

- - -

Hundhammers zweite Gegenreformation

(ger) Würzburg, 6. September

Der politische Kampf in Bayern ist zunächst konfessionell und kulturell bestimmt. Alle anderen Erwägungen spielen nach der Struktur des Landes daneben eine untergeordnete Rolle. Aber durch die Vertriebenen ist der konfessionelle Charakter Bayerns keineswegs mehr einheitlich und wenn Hundhammer in Passau erklärte, er erfülle mit seiner Politik nur die Richtlinien des Papstes, so liegt schon hierin eine Verletzung des demokratischen Prinzips, das auch die Rechte der Minderheit geachtet wissen will. Diese Rechte mißachtet Hundhammer bewusst und konsequent. Man hat ihn immer wieder karikiert und viel über ihn gelacht. Wahrscheinlich war das falsch, zum mindesten gefährlich, denn das verleitet dazu,

dass man ihn unterschätzte. Hundhammer aber ist ein sehr ernstzunehmender Gegner und ein sehr zielbewusster, energischer Politiker.

Hundhammer hat inzwischen viel in der Verwirklichung seines Zieles einer zweiten erfolgreichen Gegenreformation erreicht. Nach dem Ende des Krieges bzw. in seinem letzten Stadium wurden die Vertriebenen oft durch Zufall, häufiger wohl aber absichtlich so verteilt, dass die evangelischen in die rein katholischen, die katholischen jedoch in die rein evangelischen mittelfränkischen Gebiete kamen. Während nun die katholische Geistlichkeit es mit allen Mitteln unternahm, die Neubürger zu "bekehren" und dabei nicht vor der Verfehlung evangelischer Eltern zurückscheute, die ihre Kinder nicht in katholische Volksschulen schicken wollten, bediente sich Hundhammer in den ehemals rein protestantischen Gegenden der katholischen Minderheit, um das hier bestehende Schulsystem zu zerschlagen und neue Konfessionsschulen - d.h. natürlich katholische - einzurichten. Das hat sich seitdem nicht geändert.

Wenn beispielsweise in einem Dorf von hundert Schulkindern dreissig katholisch sind, so bietet das Schulorganisationsgesetz auf Wunsch der Eltern (und dahin bringt man sie schon, das zu wünschen) die Möglichkeit, eine zweite Schule einzurichten. Das führt dazu, dass der evangelische Lehrer in einer Klasse jetzt siebenzig Schüler aller Jahrgänge unterrichten muss, der neue katholische aber nur dreissig. Abgesehen von der bestehenden Schulraumnot, die bei der nunmehrigen Zweiteilung der Schule zu neuen Unzuträglichkeiten führt, geht das der Natur der Sache nach auf Kosten der evangelischen Schüler, da eine Lehrkraft siebenzig Kinder nicht so eingehend unterrichten kann wie dreissig.

Die bayerischen Lehrerseminare bilden ausserdem seit geraumer Zeit evangelische Lehrkräfte nur noch in völlig unzureichendem Maße aus, da nach Meinung Hundhammers "kein Bedarf" für sie vorhanden sei. Muss nun irgendwo ein evangelischer Lehrer pensioniert werden, so tritt an seine Stelle zwangsläufig ein katholischer, weil angeblich - oder tatsächlich - ein anderer nicht verfügbar ist. Schulratsstellen besetzt Hundhammer grundsätzlich mit orthodoxen Katholiken, das Anstellen evangelischer oder liberal-katholischer wird stets verhindert. Ein anderes Beispiel: Die klerikale Universität Regensburg, eine eindeutige Expositur Roms in Bayern, erfreut sich nach wie vor reicher Dotationen - für die anderen Universitäten ist kein Geld vorhanden - sie wurde aufgebaut und wird gefördert, obwohl der Landtag das Gegenteil beschlossen hatte. Auch den einzigen evangelischen Mitarbeiter seines Ministeriums an maßgeblicher

Stelle, den Staatsrat Meinzoldt, hat Hundhammer inzwischen verdrängt. Man ist in seinem Ministerium jetzt völlig unter sich. Proteste der evangelischen Kirchenbehörden wurden ignoriert.

Man kann der evangelischen Kirche in Bayern nicht den Vorwurf ersparen, dass sie mit sträflicher Nachlässigkeit das alles ohne energischen Widerspruch hinnimmt. Vom protestantischen Geiste eines Martin Luther ist jedenfalls nichts zu spüren. Die Folgen solcher Gleichgültigkeit hat aber das Volk zu erdulden, das in kultureller und konfessioneller Hinsicht unter inquisitorischen Umständen lebt.

Hundhammer hat triumphierend verkündet, selbst ein Regierungswechsel könne die von ihm geschaffenen Zustände nicht mehr ändern. Er hat seine Getreuen überall in den Sattel gesetzt und sie reiten. Der eindringliche und immer wiederholte Hinweis der Bevölkerung auf die Folgen dieser nach aussen unauffälligen, stillen, aber in der Wirkung desto brutaleren Gegenreformation wird die Hauptaufgabe der Opposition im bayerischen Wahlkampf sein. Es bleibt nur zu hoffen, dass auch die evangelische Kirche einsehen lernt, wem sie in der CSU die Hand reichte - einem Partner nämlich, dem es vor allem darum ging, ihre - der evangelischen Kirche - Existenz in Bayern zu vernichten.

Die Lage in Korea

Von sachkundiger Seite wird uns geschrieben:

Nach den optimistischen amerikanischen Erklärungen über die Lage am südkoreanischen Brückenkopf hat sich nun als Ergebnis einer seit dem letzten Wochenende pausenlos anhaltenden nordkoreanischen Offensive eine prekäre Lage ergeben. Sie ist durch die Räumung von Pohang gekennzeichnet, demselben Pohang, das Mitte August bereits wiederholt seinen Besitzer gewechselt hatte. Pohang war mit dem Augenblick ausmanövriert, da nordkoreanische Truppen die Stadt Yongtschon nordöstlich von Taegu genommen hatten und in südöstlicher Richtung auf Kjongju vorstießen.

Es ist weniger der Geländegewinn, der Pohang für die Nordkoreaner wertvoll macht, als vielmehr die Tatsache, dass die Amerikaner damit den einzigen Feldflugplatz im Nordabschnitt der Front aufgeben mussten, von dem aus Jagdflieger direkt in die Erdkämpfe eingreifen konnten. Das schwächt die Verteidigungskraft im gesamten Nordabschnitt und erleichtert die Absichten der Nordkoreaner auf die Städte Taegu und Kjongju, die

beide bereits bedroht sind. Die zwei Städte beherrschen wichtige, direkt nach Fusan führende Strassen; Taegu ausserdem die diagonal durch den Brückenkopf nach Fusan führende und für den Nachschub wichtige Eisenbahnlinie. Ein rascheres Vordringen südlich von Taegu auf dieser Linie würde die bisher mit grossen Opfern gehaltene Naktong-Linie gefährden und zu einer Zurücknahme der Front aus dem Naktong-Knie nötigen.

Die nächsten Tage werden erweisen, ob die Nordkoreaner diese Material und Menschen verschlingende Offensive durchhalten können. Noch liegt die Initiative bei ihnen und das ermöglicht der nordkoreanischen Führung, den Schwerpunkt der Offensive einmal an die Südfront, dann wieder an die Nordfront zu verlegen. Die Absicht, damit die kampfkraftigen amerikanischen Verbände an oft weniger bedrohten Punkten zu binden und Verschiebungen an den jeweiligen Schwerpunkt zu verhindern, ist offenkundig. Mit Bedacht wählen dabei die Nordkoreaner als Angriffspunkte Stellungen, die von südkoreanischen Verbänden verteidigt werden, wie bei Jongtschon. Erstaunlich ist dabei die Fähigkeit der Nordkoreaner, ihre Verbände überraschend von einem Schwerpunkt zum anderen umzugruppieren, denn die zahlenmässige Überlegenheit der Angreifer ist nicht so erdrückend, dass sie an allen Punkten zugleich mit der für den Angriff notwendigen Überlegenheit vorgehen können. Die Verluste der letzten Kampftage ungerechnet, stehen den Verteidigern etwa 4 1/2 amerikanische Divisionen und fünf südkoreanische Divisionen zur Verfügung, insgesamt also mit den bescheidenen UNO-Kontingenten rund 10 Divisionen, denen die Nordkoreaner etwa 15 Divisionen gegenüberstellen. Nicht zu unterschätzen ist aber dabei, dass das gebirgige Gelände den amerikanischen Soldaten ungewohnt ist und so den Angreifer begünstigt. Ebenso ist der taktische Einsatz der Überlegenen amerikanischen Luftwaffe dadurch gehandicapt.

Die letzten Geländegewinne der Nordkoreaner, mit schweren Verlusten erkauft, sind beachtlich; sie haben vor allem auch gezeigt, dass die kommunistischen Verbände härtesten Anforderungen gerecht werden. Die Gewinne sind aber nicht entscheidend, zumal die amerikanischen Verbände ihre Kampfkraft erhalten konnten. Je kleiner das zu verteidigende Gelände wird, um so mehr können die unverlässlichen südkoreanischen Verbände ausgespart werden, und die Amerikaner bleiben von unliebsamen Überraschungen verschont. Freilich verringert die tägliche Abnutzung und die Zusammendrängung auf verkleinertem Raum die Aussicht, in absehbarer Zeit eine entscheidende Offensive zu führen. Sie wäre aber mit den heute verfügbaren Kräften ohnedies nicht möglich.